

deutsche Schüler einen Monat in Ost- und Südfrankreich verbrachten, wurden sie in Paris gar von Minister Briand im Auswärtigen Amt empfangen.

Im September trafen sich sechzig deutsche und französische Studenten in Mannheim: „Seit 1914 war dies wieder das erste Stelldichein Delegierter akademischer Organisationen aus den Ländern, deren Nachwuchs in Jahrhunderten zur ‚Erbfeindschaft‘ erzogen wurde. Zur Lösung der Aufgabe, die neuen Generationen zur Bestätigung friedlicher Außenpolitik aufzuziehen, gehört mehr Mut, als sich vor Kanonen zu stellen, meinte zutreffend der Führer der französischen Studentenschaft. Der Oberbürgermeister Dr. Heimerich bezeichnete es als die Aufgabe hochstehender Menschen, die geschichtlichen Widerwärtigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland auf kulturellen Bahnen zu lösen. In der Südwestecke habe Baden das größte Interesse am Frieden. Die von der ‚Asta‘ (Allgemeiner Studentenausschuß) der Heidelberger Universität geleitete Studentenschaft protestierte gegen diese deutsch-französische Tagung! O heilige Einfalt!“

Der Geist der „Heiligen Einfalt“ der akademischen Jugend, von der Geck am 20. 9. 1930 berichtete, wehte auch an der Universität Heidelberg nicht von ungefähr. Ungehört blieben Warnungen, wie jene von Adolf Geck anlässlich des Volkstrauertages 1930: „Uns scheint der Tag des Friedensschlusses als der geeignetste. Immerhin: der Volkstrauertag muß den Urhebern des Krieges fluchen und die Völker warnen vor der Vorbereitung eines neuen Unheils. Die Parole der Andachten muß lauten: Nie wieder Krieg!“ – „Auch die heutige Generation, welche unter dem wachsenden Einflusse einer organisierten Kriegshetzerei steht, muß davor bewahrt werden, die Lehren einer Schreckenszeit aus dem Gedächtnis zu verlieren“.

#### *Arnold Bergsträsser: Grenzen einer Verständigungspolitik*

Im gleichen Jahr umriß der Heidelberger Universitätsprofessor Arnold Bergsträsser in seiner Schrift „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“ die Problematik deutscher Verständigungspolitik: „Zur Doktrin erhoben wird der Gedanke der Verständigung zu einer Gefahr der Entkräftung des politischen Willens“. Er wies darauf hin, „daß für kein Land Europas und der Welt Verständigung und Verständigungspolitik als solche zum politischen Ziel geworden sind, zu dessen Gunsten die Interessen des Nationalstaates und der Nation zurückzutreten hätten“ und steckte den Rahmen für eine ideelle Verständigungspolitik ab: „Allerdings gibt es jenen Weg der politischen Resignation, der die Annahme der Verständigungsidee als unbedingten politischen Prinzips gestattet: Der endgültige innere Verzicht auf eine Änderung der politischen Lage von 1919, auf eine Wiederherstellung der vollen Souveränität des Reiches, auf eine Änderung der östlichen Grenzziehung, auf die dauernde Lebensfähigkeit Ostpreußens, das